

"Friedliche Koexistenz" in Foreign Affairs (Januar 1960)

Legende: Im Januar 1960 veröffentlicht der amerikanische Diplomat, George F. Kennan, als Reaktion auf einen im September 1959 erschienen Artikel von Nikita Chruschtschow, in der amerikanischen Zeitschrift für Geopolitik Foreign Affairs einen Artikel, in dem er die Politik der Sowjetunion heftig kritisiert und ihren führenden Politikern mangelnde Aufrichtigkeit vorwirft.

Quelle: Foreign Affairs. An American Quarterly Review. January 1960, No 2; Vol.38. New York: Council of Foreign Affairs. "Peaceful Coexistence", auteur: Kennan, George F. , p. 171-190.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/friedliche_koexistenz_in_foreign_affairs_januar_1960-de-797ff4e3-c789-46d9-9736-345e678b3783.html



Publication date: 06/07/2016

Friedliche Koexistenz

Ein westlicher Standpunkt

Von George F. Kennan

In der öffentlichen Debatte, welche die Entwicklung dessen kennzeichnet, was als Kalter Krieg bezeichnet wird, wurde kein Begriff so ungenau und gelegentlich so skrupellos verwendet wie „Koexistenz“. In einem in der letzten Ausgabe von *Foreign Affairs* unter seinem Namen veröffentlichten Artikel gab Nikita Chruschtschow eine interessante Definition dessen, was er darunter versteht. Ihm zufolge bedeutet friedliche Koexistenz im Wesentlichen die Ablehnung des Krieges als ein Mittel der Konfliktlösung. Sie erfordere die Verpflichtung, auf jegliche Form der Verletzung der territorialen Integrität und Souveränität eines anderen Staates zu verzichten. Auch beinhalte sie einen Verzicht auf Einmischung in interne Angelegenheiten anderer Staaten. Koexistenz heiße, dass politische und wirtschaftliche Beziehungen auf der Grundlage völliger Gleichheit und gegenseitigen Nutzens erfolgen müssen. Sie umfasse, so Chruschtschow weiter, die Beseitigung der unmittelbaren Kriegsgefahr. Dies sei etwas, das sich zum friedlichen Wettbewerb entwickeln sollte, um die Bedürfnisse der Menschen bestmöglich zu befriedigen.

Chruschtschow lieferte uns hier nicht nur eine Definition, sondern er machte auch klar, dass er davon ausgeht, dass die Sowjetunion sich an diese Prinzipien hält, sich seit der Revolution vom Herbst 1917 daran gehalten hat und angesichts ihrer sozialen Prinzipien auch nicht umhin kann, sich daran zu halten; während es in den Staaten der westlichen Welt noch immer Elemente gibt, die diese Prinzipien seiner Ansicht nach nicht befolgen, die glauben, dass der Krieg ihnen nutze, die den Völkern den „Kapitalismus“ gegen ihren Willen und mit gewaltsamen Mitteln aufzwingen, bevor sich die friedliche Koexistenz wirklich durchsetzen kann.

II

Wohl nur wenige Aussagen sind so verblüffend wie die Behauptung, wonach der sowjetische Staat „seit seiner Gründung die friedliche Koexistenz zum Grundprinzip seiner Außenpolitik erklärte“ und die ersten kommunistischen Anführer in Russland große Verfechter der Ansicht waren, dass friedliche Koexistenz sich zwischen Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftssystemen durchsetzen könnte und sollte.

Nur ungern denkt man an die Zeugnisse der frühen Jahre sowjetischer Macht zurück. Ohne weiteres ist vorstellbar, dass einflussreiche Moskauer Kreise die Wahrscheinlichkeit oder sogar Notwendigkeit einer gewaltsamen sozialen Revolution in den wichtigsten westlichen Industrieländern heutzutage ganz anders bewerten. Auch ist denkbar, dass ihre Auffassung von den Verpflichtungen russischer Kommunisten gegenüber den Arbeitern der westlichen Welt sich ebenfalls beträchtlich von denen im Moskauer Jahre 1917 und 1918 unterscheidet. Wenn dem so ist, dann wäre es sicherlich besser, die Vergangenheit ruhen zu lassen, als das gegenwärtige Problem der Koexistenz durch Streitereien über vergangene Verhaltensmuster zu verkomplizieren. Die Jahre 1917 und 1918 waren im Hinblick auf das Weltgeschehen schließlich eine Zeit des großen Durcheinanders und der Tragödie. Überall war das Handeln der Menschen von Gewalt und Passion geprägt. Sowohl Kommunisten als auch Nichtkommunisten taten Dinge, die heute, 40 Jahre später, eindeutig bedauerlich sind. Sicher gibt es in der nicht-kommunistischen Welt nur wenige, die die Meinungsverschiedenheiten von damals noch einmal erleben wollen oder sich unkritisch den Ansichten und Vorurteilen aus der Zeit des Ersten Weltkriegs und danach anschließen möchten.

Doch wenn die kommunistische Seite auf das Verhalten der sowjetischen Führer im Jahre 1917 verweist, als Beweis für die unantastbare und unvermeidliche Verbundenheit des russischen Kommunismus mit Prinzipien wie dem Verzicht auf Gewalt als Mittel zur Lösung politischer Konflikte, dem Verzicht auf die Einmischung in interne Angelegenheiten anderer Staaten und der Vorherrschaft eines friedlichen Wettbewerbs zwischen Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftssystemen, dann sollten westliche Gelehrte mit ihrem Erstaunen und ihrem Protest nicht hinter dem Berg halten. Es ist erstaunlich, dass der wahren Geschichte der russischen Revolutionsbewegung von denen, die sich heute als deren Wächter und Wortführer bezeichnen, so wenig Respekt gezollt wird, dass sie sie aus taktischen Gründen missbrauchen.

Es schaudert einen geradezu bei dem Gedanken daran, was Lenin wohl zu solch absurden Verzerrungen gesagt hätte. Geben die heutigen Führer der Kommunistischen Partei wirklich vor, vergessen zu haben, dass Lenin sich selbst vor allem als *internationaler* Sozialistenführer betrachtete? Wer schrieb am 3. Oktober 1918: „Die bolschewistische Arbeiterklasse Russlands war stets nicht nur in Worten, sondern auch in Taten international – im Gegensatz zu diesen Verbrechern, den Helden und Führern der Zweiten Internationalen ...“? Und wer schrieb im gleichen Text: „Das russische Proletariat wird verstehen, dass ihm nun bald die größten Opfer zu Gunsten des Internationalismus abverlangt werden. ... Bereiten wir uns ab sofort darauf vor. Beweisen wir, dass der russische Arbeiter noch viel mehr leisten und noch selbstloser kämpfen und sterben kann, wenn es nicht ausschließlich um die russische Revolution, sondern um die internationale Arbeiterrevolution geht?“

Wie jeder gute Kommunist in Russland weiß, ist dies nur eines von buchstäblich tausenden Zitaten, die die Hingabe der Bolschewiki zu Lenins Zeiten an den Sozialismus als internationale Angelegenheit illustrieren können; und bei dieser Hingabe geht es gerade um die Pflicht zur Einmischung in die internen Angelegenheiten anderer Länder, um deren Regierungssystem und Lebensweise zu ändern.

Die Behauptung, dass sich die sowjetische Führungsmacht immer für die Koexistenz in der Definition Chruschtschows eingesetzt hat, verlangt von uns, die lange und dunkle Geschichte der Beziehungen zwischen Moskau und den ausländischen kommunistischen Parteien während der Stalin-Ära zu vergessen. Zahlreiche Dokumente zeigen, zu welchen Zwecken ausländische kommunistische Parteien während dieser Jahre von wem und mit welchen Methoden eingespannt wurden. Viele unter uns im Westen wären nur zu froh, diese Erinnerungen in der heutigen politischen Debatte ignorieren zu können. Doch ist es etwas völlig anderes, wenn man versucht, unsere Intelligenz zu beleidigen; und wenn man in Moskau diese unglückliche Geschichte außerhalb Russlands vergessen machen will, dann darf man die historischen Tatsachen nicht einfach verdrehen und dann auch noch verlangen, dass die so entstandene Konstellation als Beweis für die inhärente Bindung des russischen Kommunismus an die Prinzipien der Koexistenz dienen.

Vor mehr als 100 Jahren schrieb ein namhafter Besucher aus dem Westen, der Marquis de Custine, aus Petrograd: „Der russische Despotismus missachtet nicht nur Gedanken und Gefühle, sondern ändert auch die Fakten, tritt den Kampf gegen das Offenkundige an und siegt in dieser Auseinandersetzung.“

Die Menschen können nicht darauf hoffen, heute als Sieger aus einem solchen Kampf hervorzugehen. Durch die systematische Pflege solcher Verzerrungen, die das allgemeine Verständnis für die historische Entwicklung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und dem Westen vernebeln sollen, wird jeglicher hoffnungsvoller Form von Koexistenz ein denkbar schlechter Dienst erwiesen.

Meine Ausführungen dürfen jedoch nicht zu der Annahme verleiten, dass ich grundsätzlich glauben will, das Engagement Chruschtschows und einiger seiner Kollegen für die Grundsätze der Koexistenz, wie er sie definiert hat, sei unaufrichtig und beruhe auf heimtückischen Beweggründen. Das ist nicht die logische Schlussfolgerung. Es soll damit lediglich betont werden, dass die Politiker in Moskau den Glauben außerhalb Russlands an ihre aufrichtige Verpflichtung gegenüber liberalen und toleranten Grundsätzen eines internationalen Zusammenlebens kaum stärken werden, wenn sie die Geschichte der Lenin- und der Stalin-Ära verfälschen oder behaupten, diese Bindung ergebe sich zwangsläufig aus dem Wesen des sozialen und politischen Systems der Sowjetunion. Es ist denkbar, dass sich die sowjetische Haltung in diesen Fragen geändert hat; es ist jedoch inakzeptabel zu behaupten, dass diese Haltung nicht geändert werden muss, um den Anforderungen der friedlichen Koexistenz, wie sie von Herrn Chruschtschow definiert wird, zu genügen.

III

Die Darstellung der sowjetischen Sicht der Koexistenz hat vor allem die Verbundenheit der Völker im Westen mit dem Kapitalismus und ihren angeblicher Wunsch betont, den Kapitalismus als Weltsystem triumphieren zu sehen.

Heutzutage ist ein Abendländer ob dieser Verwendung des Begriffs „Kapitalismus“ leicht verwundert. Was

genau ist mit diesem Ausdruck eigentlich gemeint? Es fällt auf, dass diese Gegebenheit, was auch immer sie symbolisieren soll, in den Augen eines russischen Kommunisten seit der Gründung der russischen Sozialdemokratischen Partei um die Jahrhundertwende keine wesentlichen Veränderungen erfahren hat. Wenn es stimmt, dass die offizielle sowjetische Doktrin die Tatsache anerkennt, dass Veränderungen in den wirtschaftlichen Gepflogenheiten und Institutionen nicht-kommunistischer Länder während der letzten fünfzig Jahre in irgendeiner Art und Weise Einfluss auf die Einzelheiten der klassischen marxistischen Ansichten zum westlichen Kapitalismus hatten, dann weiß ich nicht, wo dies der Fall gewesen sein soll. Zeitgenössische sowjetische ideologische Quellen scheinen davon auszugehen, dass es außerhalb des kommunistischen Einzugsbereichs eine unveränderliche Ausgangssituation gibt – eine Reihe von Praktiken, die als „Kapitalismus“ bekannt sind und in erster Linie ihren Ausdruck im Privatbesitz der Produktionsmittel finden –, die sich in den letzten 50 Jahren oder seit Lebzeiten von Karl Marx nicht wesentlich verändert hat; die nach wie vor die vorherrschende Realität in der westlichen Welt ist; eine Überzeugung, die den Kern der nicht-kommunistischen Politiktheorie ausmacht; der die westlichen Regierungen und „regierenden Kreise“ aus Gründen des Stolzes und der hartnäckigem Eigennutz zutiefst verbunden bleiben. Vermutlich bezog sich Chruschtschow auf den „Kapitalismus“ in diesem Sinne, als er schrieb, viele Leser von *Foreign Affairs* gingen vielleicht davon aus, dass der Kapitalismus letztendlich triumphieren werde.

Es ist kaum notwendig zu betonen, wie weit ab von der Realität das für viele von uns außerhalb Russlands erscheint. Die Grundsätze des freien Unternehmertums und des Privatbesitzes der Produktionsmittel spielten zwar in den Volkswirtschaften aller nicht-kommunistischen Länder in den letzten fünfzig Jahre tatsächlich eine wichtige Rolle. Die Umsetzung jedoch war in allen Ländern unterschiedlich. Überall kamen Elemente der öffentlichen und sozialen Kontrolle hinzu und haben die Anwendung dieser Grundsätze auf die Probe gestellt und verändert. Das daraus entstandene Gleichgewicht zwischen privater Kontrolle auf der einen Seite und sozialer oder öffentlicher Kontrolle auf der anderen unterscheidet sich stark von Land zu Land. Es gibt heute kein *einheitliches* Sozial- oder Wirtschaftssystem, das sich außerhalb des kommunistischen Einflussbereichs durchgesetzt hätte. Tatsächlich gibt es fast so viele Systeme wie Länder – und viele von ihnen stehen Marx' Sozialismus sehr viel näher als dem „Laissez-faire-Kapitalismus“ seiner Zeit. Außerdem befindet sich das Gleichgewicht zwischen privatem und sozialem Einfluss in jedem dieser Länder in ständigem Wandel und Entwicklung, so dass es fast unmöglich ist, von seinem heutigen Zustand auf den künftigen zu schließen.

Das bedeutet, dass der Begriff „Kapitalismus“ in der nicht-kommunistischen Welt, wo es üblich ist, die Bedeutung von Begriffen mit tatsächlichen Phänomenen in Verbindung zu setzen, nicht länger eine allgemeine und praktische Bedeutung besitzt. Nur in Russland, wo theoretische Konzepte keinerlei Relevanzprüfung hinsichtlich objektiver Gegebenheiten unterzogen werden, besitzt dieses Wort nach wie vor eine Bedeutung. Und nicht nur das, es gibt unzählige Themen des öffentlichen Lebens, die den meisten Menschen in der nicht-kommunistischen Welt im Hinblick auf ihre allgemeinen Auswirkungen auf das menschliche Dasein sehr viel wichtiger erscheinen als die Frage nach dem Privateigentum der Produktionsmittel und der Wohlstandsverteilung, die sich dagegen im Mittelpunkt der marxistischen Doktrin befanden.

Wie absurd es doch in Anbetracht dieser Tatsachen erscheint, westliche Nicht-Kommunisten als leidenschaftliche Verfechter und fanatische Anhänger eines als „Kapitalismus“ bezeichneten Konzepts darzustellen und gar zu behaupten, es gebe im Westen einflussreiche Menschen, die das Elend eines erneuten Weltkrieges über die Welt bringen wollen, in der Hoffnung, das kapitalistische System damit unzähligen Menschen aufzwingen zu können, die es nicht wollen. Nicht die Frage nach dem Besitz der Maschinen beherrscht heutzutage die Köpfe und Diskussionen der westlichen Gesellschaft und westlicher Führungskreise. Was sie beschäftigt, ist in erster Linie die Frage nach der menschlichen Freiheit, dem Recht der Menschen, ihr soziales und politisches System frei zu wählen und beliebig zu verändern, zu bestimmen, wer sie im Rahmen dieser Systeme regieren soll, das Recht, die bürgerlichen Freiheiten zu genießen, die vor willkürlicher Ungerechtigkeit schützen und Gedankenfreiheit gewährleisten und es den Menschen erlauben, erhobenen Hauptes voranzuschreiten.

Mir ist bewusst, dass die Kommunisten lange Zeit behaupteten, in den parlamentarischen oder rechtlichen Institutionen des liberalen Westens keinen Wert zu sehen. Die klassische kommunistische Doktrin lehnt

diese Institutionen als Betrug ab, mit dem die hilflosen Arbeiter von den Monopolisten ausgebeutet werden. Aber man kann doch hoffen, dass die Menschen in der kommunistischen Welt jetzt ihr Interesse an einer Koexistenz zeigen, in dem sie diesen zynischen und lächerlichen Extremismus aufgeben, der die Entwicklungen der britischen und der amerikanischen Gesellschaft in den letzten Jahrhunderten historisch nicht erklären kann.

Dass diese liberalen Institutionen unvollkommen sind, würden die meisten Engländer oder Amerikaner meiner Meinung nach freimütig eingestehen; die überwältigende Mehrheit ist jedoch der Ansicht, dass sie etwas verkörpern, was eng mit dem Kern der Menschenwürde, wie wir sie verstehen, verbunden ist, und etwas, das für eine der wertvollsten Errungenschaften der zivilisierten Menschheit steht. Genau darauf sind wir so stolz und halten daran so sehr fest, und nicht an einem System, das das Eigentum und die Kontrolle der Industrien des Landes regelt. Sollten durch das ordentliche Eingreifen dieser parlamentarischen Institutionen die Absprachen zur Regelung von Eigentum oder Kontrolle der Produktionsmittel unter Beibehaltung aller bürgerlichen Grundfreiheiten entscheidend geändert werden (was im Übrigen bereits bei manchen der Fall war), dann würden die meisten von uns dies weder als unwiderrufliche Tragödie noch als persönliche Niederlage betrachten. Wäre es dagegen umgekehrt, und diese Veränderungen müssten auf Kosten der Rechte und Freiheiten, die unsere Parlamente und Rechtsinstitutionen nun im Allgemeinen, wenn auch unvollkommen, garantieren, erkaufte werden, dann – und nur dann – würden wir der Ansicht sein, eine nicht wieder gutzumachende Niederlage erlitten zu haben, und nur dann hätten wir auch den Eindruck, das Allerwichtigste verloren zu haben.

Aus diesem Grund lehnen wir es ab, als glühende Verfechter von etwas dargestellt zu werden, was landläufig als „Kapitalismus“ bezeichnet wird und sich mit den Verfechtern eines so genannten „Sozialismus“ einen ideologischen Machtkampf liefert. Am allerwenigsten wir in Amerika können den Vorwurf akzeptieren, dass wir anderen Völkern etwas aufzwingen wollen, was als „Kapitalismus“ bezeichnet wird. Mehrere europäische Länder haben ihre Sozial- und Wirtschaftssysteme in den vergangenen Jahrzehnten dergestalt verändert, dass sie mit dem System der Vereinigten Staaten nur noch wenig gemein haben. Dabei sind sie auf keinerlei Widerspruch oder Behinderung durch die Amerikaner gestoßen. Bei der ideologischen Grundfrage – so wie sie heute in den Vereinigten Staaten gesehen wird – geht es nicht um Kapitalismus gegen Sozialismus, sondern um Freiheit gegen ihr Gegenteil. Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen Moskau und den „Führungskreisen“ der nicht-kommunistischen Welt geht es nicht darum, welches Sozialsystem das produktivste ist; es geht eher darum, was vor allem im Leben der Menschen am wichtigsten ist.

IV

Die Tatsache, dass ein ideologischer Streit dieser Art besteht, ist an sich kein Hindernis für eine friedlichen Koexistenz in der Weise, wie Chruschtschow sie definiert. Das lang währende friedliche Miteinander ideologisch entgegengesetzter Systeme ist nichts Neues. Viele der heutigen friedlichen Beziehungen auf internationale Ebene jenseits des kommunistischen Einzugsgebiets haben sich aus Verhältnissen entwickelt, die einst von erbitterten ideologischen Gegensätzen gekennzeichnet waren. Beispielsweise bestand zwischen dem zaristischen Russland und dem amerikanischen Politikverständnis keinerlei ideologische Verwandtschaft, sondern ein ziemlich heftiger ideologischer Konflikt. Gleichwohl hinderte es die beiden Supermächte nicht daran, mehr als einhundert Jahre friedlich nebeneinander zu bestehen.

Zweifelsohne gibt es im Westen hier und dort Menschen, die sich mit dem heute vorhandenen ideologischen Gegensatz zwischen der sowjetischen Regierung und den westlichen Völkern nicht abfinden und sich nicht vorstellen können, wie dieses Problem anders als mit einem Weltkrieg gelöst oder ertragen werden könnte. Wenn man danach sucht, würde man derartige öffentliche Äußerungen sicher auch finden.

Gleichwohl ist es meiner Meinung nach unbestritten, dass solche Menschen in der Minderheit sind und wenig Einfluss besitzen. Ohne Frage wäre der allgemeine Standpunkt im ganzen Westen – und dies gilt für die Regierungen genauso wie für den Einzelnen –, dass, auch wenn das derzeitige soziale und politische System in Russland für uns nicht in Frage kommt, wir für dessen Existenz und allgemeine Geltung dort nicht zuständig sind; es ist nicht an uns, es zu ändern, und es stellt als solches auch kein Hindernis für den

Fortbestand einer friedlichen Koexistenz dar.

Der Kalte Krieg – dies sei hier noch einmal ausdrücklich erwähnt – existiert doch nicht, weil Menschen aus dem Westen etwas dagegen haben, dass das russische Volk den Sozialismus oder irgendein anderes von ihnen gewünschtes System haben. Wäre es wirklich nur eine Frage der Ideologien und der Beziehung zwischen dem Westen und Russland an sich, dann gäbe es keinen Grund, dem sowjetischen Wunsch nach „friedlicher Koexistenz“ nicht vorbehaltlos zu entsprechen.

Doch ist die Sowjetunion nicht nur ein ideologisches Phänomen. Sie ist eine Supermacht, sowohl geographisch als auch militärisch. Selbst wenn die in Russland vorherrschende Ideologie nicht im Gegensatz zu den in anderen Ländern dominierenden Konzepten stünde, würde das Verhalten der Regierung dieses Landes in seinen internationalen Beziehungen und vor allem die beträchtliche Ausdehnung seiner Macht auf Kosten der Freiheit anderer Völker den Rest der Welt trotzdem in höchstem Maße angehen.

An dieser Stelle sei daran erinnert, dass wir in den letzten Jahren Zeugen eben einer solchen Machtausdehnung wurden. In Europa begann diese Expansion mit dem Vorrücken sowjetischer Truppen nach Ost- und Mitteleuropa im Jahre 1945. Dieser Vorstoß wurde damals nicht nur hingenommen, sondern im Westen sogar allgemein als wichtiger Bestandteil der Endphase im Kampf gegen Hitler begrüßt. Allerdings hatte er eine Folge, die 1945 nur Wenige im Westen vorhersahen und die Wenigsten sich wünschten: die praktisch permanente Verschiebung der effektiven Grenzen der politischen und militärischen Autorität Moskaus bis ins Herz Europas.

Auf der kommunistischen Seite wird die Debatte über Koexistenz in einer Weise geführt, die diesen Umstand nicht berücksichtigt und von uns somit verlangt, ihn entweder zu ignorieren oder so zu tun, als gäbe es ihn nicht. Immer wieder wird behauptet, dass es darum gehe, „die Folgen des Zweiten Weltkrieges zu beseitigen“, doch diese eine Folge, sollen wir schlussfolgern, soll weder überwunden noch angesprochen werden.

Ist das wirklich eine realistische Forderung? Dem kann man nur schwerlich zustimmen. Die Hegemoniestellung der UdSSR unter den Ländern des kommunistischen Blocks ist kein Geheimnis. Die kommunistischen Führer verschiedener Länder ignorieren diese Tatsache nicht, wenn sie sich zur Erörterung internationaler Fragen treffen. Was Menschen im Westen zur Änderung oder Beeinflussung dieser Situation tun oder nicht tun sollten, ist eine andere Frage, doch zu verlangen, dass eine Situation, die *innerhalb* der kommunistischen Welt ohne weiteres als bedeutender geopolitischer Faktor anerkannt wird, dann zu ignorieren, wenn es um die Debatte über die Koexistenz zwischen Ost und West geht, ist sicher weder vernünftig noch hilfreich. Tatsache ist, dass das Vordringen der politischen und militärischen Macht Russlands ins Herz Europas eine grundlegende Änderung des strategischen und politischen Gleichgewichts der Welt darstellt und niemals mit westlichen Staatsmännern besprochen, geschweige denn von ihnen abgesegnet worden ist.

Gleichwohl ist für die westlichen Völker nicht nur die Situation *an sich* von Bedeutung; es stellt sich ebenso die Frage, *wie* sie entstanden ist und *wie* sie weiter besteht. In Wahrheit lag es nicht daran, dass die Mehrheit der Menschen in den betroffenen Regionen zu der Überzeugung gelangte, dass der Kommunismus, wie Chruschtschow es ausdrückte, „das fortschrittlichere und gerechtere System darstelle“. Die Kommunisten wollen uns glauben machen, dass dieses friedliche Wetteifern, um die Menschen zu überzeugen, zugleich Begleiterscheinung und Bedingung der friedlichen Koexistenz ist. Das hat aber herzlich wenig mit jenen Mitteln zu tun, mit denen die sozialistischen Regierungen nach dem von Moskau genehmigten Muster in den Jahren 1944 und 1945 in den osteuropäischen Ländern eingesetzt oder mit denen deren Herrschaft in der Folge konsolidiert wurde. Nach der auf historischen Fakten beruhenden Auffassung des Westens wurden diese Regime mittels geschickter Manipulationen äußerst cleverer, von Moskau geschulter und inspirierter kommunistischer Minderheiten aufgezwungen und durch die Präsenz oder die unmittelbare Nähe von Einheiten der sowjetischen Streitkräfte unterstützt. Mit ähnlichen Mitteln hielten sie sich auch an der Macht.

Es besteht hier nicht die Absicht, diese Ereignisse von einem moralischen Standpunkt aus zu bewerten. Ich möchte auch nicht die Behauptung in Frage stellen, dass Russland in Osteuropa politische Interessen

verfolgt und dass diese von westlichen Regierungen als Ausdruck eines grundlegenden politischen Realismus zu respektieren seien. Eben so wenig möchte ich leugnen, dass die gegenwärtige Lage – ganz egal, worin wir ihren Ursprung sehen – heutzutage eine wichtige Verpflichtung für die sowjetische Regierung darstellt, welche diese nicht abrupt oder drastisch ändern kann, ohne damit ihre eigene politische Sicherheit zu gefährden.

Auch Chruschtschow weiß, dass es im Westen Menschen gibt, die noch immer daran glauben, die sowjetischen Interessen in diesem Gebiet mit den Interessen westlicher Mächte und der jeweiligen Völker versöhnen zu können, und die alles in ihrer Macht Stehende getan haben, um den Weg für vernünftige und gemäßigte Lösungen zu ebnen. Aber die Bemühungen dieser Menschen sind zum Scheitern verurteilt, sollte die sowjetische Regierung, nachdem sie sich diese Region still und heimlich einverleibt hat, weiterhin den Eindruck vermittelt, dem Westen sagen zu wollen: „Die Koexistenz beginnt hier und jegliche Neugiererseits im Hinblick auf das Schicksal dieser Menschen ist bereits eine Missachtung ihrer Grundsätze.“

Es wurde bereits erwähnt, dass das Vorhandensein einer sowjetischen Sozialismusvariante in *Russland selbst* im Westen sehr wohl als interne Angelegenheit betrachtet werden kann und einer friedlichen Koexistenz keineswegs im Wege stehen muss. Das Sowjetregime ist letztendlich ein Regime, das sich im größten Teil des Staatsgebiets der Sowjetunion entwickelt hat. Die ihm zu Grunde liegenden Prozesse entsprechen nicht den westlichen Vorstellungen von Demokratie, sind aber zutiefst russische Vorgänge, in denen sich einige grundlegende Tatsachen des damaligen politischen Lebens in Russland widerspiegeln. Die Amerikaner sollten sich wirklich nicht in ein solches System einmischen.

Wenn es aber um die Regierungen des kommunistischen Blocks in Ost- und Mitteleuropa geht, wird das Problem zwangsläufig komplizierter; denn diese Regierungen haben sich eben nicht entwickelt. Selbstverständlich ist all das relativ; denn nur selten, wenn überhaupt, gibt es *keine einzige* Übereinstimmung zwischen den Interessen und Gefühlen eines Volkes und dem Regime, von dem es regiert wird – egal, wie despotisch es sein mag. Aber diese Regime sind nach westlicher Auffassung das Ergebnis einer faktischen Eroberung und Unterwerfung, trotz der Tatsache, dass es dabei im Allgemeinen nicht zu einem feindlichen militärischen Angriff im herkömmlichen Sinne kam. Genau hierin liegt der springende Punkt: Wenn *diesen* Völkern so etwas ohne militärische Intervention zugefügt werden kann, und jetzt von uns verlangt wird, dies als vollendete Tatsache im Zusammenhang mit der friedlichen Koexistenz zu akzeptieren, drängt sich die Frage auf, wie vielen anderen Völkern dies ebenfalls unter dem Deckmantel jener Koexistenz angetan werden wird, die wir derzeit hinnehmen sollen.

Tatsache ist – und das haben wir in den letzten Jahrzehnten in schmerzlicher Art und Weise am eigenen Leib erfahren müssen –, dass das Schicksal kleinerer Völker auch anders als durch direkte militärische Angriffe oder formelle politische Interventionen dem Willensdiktat größerer Völker unterworfen werden kann und dass es heute mehr Instrumente gibt als den klassischen Kolonialismus des 19. Jahrhunderts, um die Völker zu unterdrücken. Es gibt schließlich so etwas wie die Lehre vom Aufstand, die nichts anderes vermittelt als die Strategie der Machtergreifung durch verschwörerische Minderheiten, die Strategie der Aneignung zentraler Machtbefugnisse, der Kontrolle über die Straße und die Manipulation in Bürgerkriegen. Es ist unwiderlegbar, dass diese Lehre im kommunistischen Denken und Lernprozess von einst eine grundlegende Rolle spielte. Revolutionen gelingen zwar nicht auf Bestellung; genauso wenig ist aber der Gedanke mit der frühen kommunistischen Doktrin vereinbar, dass sie sich ausschließlich aus spontanen Impulsen der Massen heraus entwickeln und sich nie durch die Organisationsbemühungen und militärische Aktivitäten politischer „Vorreiber“ beeinflussen lassen. Angesichts der historischen Tatsachen können auch wir diese Vorstellung nicht akzeptieren.

Chruschtschow vermittelt den Eindruck, als spiele dies alles bei *seiner* heutigen Denkweise überhaupt keine Rolle. Es wäre falsch, automatisch davon auszugehen, dass seine Behauptungen unaufrichtig sind. (Im Übrigen hat er nicht ganz Unrecht, wenn er sagt, dass wir nicht in *jeder Schachtel* nach dem doppelten Boden suchen sollten.) Doch auch wenn dies in seinem Fall wahr sein sollte, so trifft dies wohl kaum für all seine Weggefährten im Sekretariat und Präsidium der KPdSU zu; zudem gibt es keinen Grund zu der Annahme, es gelte auch für die Machthaber von Russlands Hauptverbündetem in der Familie, dem kommunistischem China.

An dieser Stelle muss noch einmal betont werden, dass der Verlauf der Geschichte nicht plötzlich ignoriert werden kann. Wenn Chruschtschow behauptet, die kapitalistischen Länder hätten sich für ihre Geschichte zu rechtfertigen – er bezichtigt uns der Durchführung „sinnloser Kreuzzüge“ gegen Sowjetrußland –, so trifft dies für Sowjetrußland genauso zu. Denn bis die Außenpolitik und Methoden eines Josef Stalin aus dem westlichen Bewusstsein verschwunden sind, wird noch viel Zeit vergehen. In gewisser Hinsicht sind wir alle, genau wie Chruschtschow selbst, Stalins Schüler. Er hat uns vieles von dem gelehrt, was wir heute über Rücksichtslosigkeit, Konsequenz und Täuschung in der internationalen Politik wissen. Chruschtschow darf jetzt nicht von uns verlangen, die von einem so herausragenden Politiklehrer erteilten Lektionen zu schnell zu vergessen – jedenfalls nicht schneller als manche seiner eigenen russischen und chinesischen Verbündeten.

Diese Überlegungen haben weit reichende Auswirkungen auf die Begriffe „Frieden“ und „friedlich“, die von den Kommunisten recht häufig mit der Koexistenzfrage in Verbindung gebracht werden. Was eigentlich ist mit diesen beiden Begriffen gemeint?

Das Wort „Frieden“ besitzt keine Bedeutung, wenn die dafür notwendigen Bedingungen nicht erfüllt sind. Denn Frieden ist nicht einfach nur das Fehlen offen ausgetragener Feindseligkeiten. In diesem Sinne haben wir heute Frieden und demzufolge herrscht auch in jedem gut geführten Gefängnis „Frieden“. Frieden ist kein abstrakter Begriff. Lenin verstand dies nur allzu gut, als er im Jahre 1915 schrieb: „Das Schlagwort Frieden kann entweder in Verbindung mit den spezifischen Bedingungen für Frieden oder ganz ohne Bedingungen vorgebracht werden – das heißt im Kampf nicht für einen speziellen Frieden, sondern für Frieden ohne weiteres. Es liegt auf der Hand, dass wir es im letzten Fall nicht nur mit einem nicht-sozialistischen Slogan zu tun haben, sondern auch mit einem, der überhaupt sinnlos und ohne Inhalt ist.“

Welche Bedeutung ist demnach dem Begriff „Frieden“ im kommunistischen Sprachgebrauch zuzuordnen? Es ist doch nicht unverschämte, Lenins Schüler aufzufordern, zu erklären, welchen Frieden sie eigentlich meinen, wenn sie diesen Begriff verwenden. Frieden in wessen Interesse? Zu welchen Bedingungen? Zu welchem Preis?

Eine Art Frieden jedoch verträgt sich bestens mit der wahren Sicherheit der Völker: der Friede, der auf den Prinzipien wahrer nationaler Freiheit beruht. Es gibt noch eine weitere Art Frieden, der das Schweigen darstellt, das dort herrscht, wo die Unterdrückungsmaschine so furchterregend ist, dass die, auf die sie gerichtet ist, keinen Widerstand leisten können.

Die Debatte über das Wort Frieden als abstrakter Begriff verschleiert einmal mehr die Tatsache, dass es Wege zur Unterdrückung von Völkern gibt, die nicht notwendigerweise die sichtbare Anwendung von Gewalt über internationale Grenzen hinweg beinhalten – gelegentlich genügt auch die Androhung von Gewalt. Außerdem kommt bei dieser Diskussion nicht zum Ausdruck, dass es Momente gab, wie beispielsweise im Jahre 1956 in Ungarn, wo das sowjetische Engagement für den Frieden auch den Einsatz sowjetischer Streitkräfte zur Regelung der politischen Situation in einem Nachbarland nicht verhinderte. Nimmt man ernsthaft an, dass Menschen außerhalb Russlands über diese Tatsachen hinwegsehen, wenn es um die Frage der „friedlichen“ Koexistenz geht?

V

Wenn es im kommunistischen Lager um die Koexistenzfrage geht, spielt das Militärpotenzial westlicher Länder, insbesondere der Vereinigten Staaten, eine große Rolle. Der Regierung der Vereinigten Staaten werden allerlei Vorwürfe gemacht: Sie unterhalte Militärstützpunkte an diversen Orten in der Welt, sie sei nicht bereit, der völligen Abschaffung und dem Verzicht auf Atomwaffen sowie einem definitiven Atomteststopp zuzustimmen, sie habe nicht die Maßnahmen zur Reduzierung konventioneller Waffen ergriffen, um mit den unilateralen Maßnahmen der Sowjetunion gleichzuziehen (die die Regierung angeblich getroffen hat, den Beweis dafür aber schuldig blieb), sie habe Deutschland im Rahmen der NATO wiederbewaffnet usw. All diese Verhaltensweisen der US-amerikanischen Regierung werden als unvereinbar mit einem aufrichtigen Engagement für den Grundsatz der friedlichen Koexistenz bezeichnet.

Nun hatte der Verfasser dieser Zeilen in den letzten Jahren mit der Militärpolitik der westlichen Koalition durchaus seine Schwierigkeiten. Seiner Ansicht nach kam es in dieser Politik zu einigen Verzerrungen. Oft spiegelte sie eine gewisse Fehleinschätzung der wahren Natur des Problems wider, das sie eigentlich bekämpfen sollte. Gelegentlich schien es sogar, als beruhe diese Politik auf Ansichten über sowjetische Pläne, die jedem Kenner der Geschichte und der Psychologie sowjetischer Machtstrukturen plump und einseitig vorkommen müssen und eher von Erinnerungen an vergangene Gegner als von einer unvoreingenommenen Prüfung russisch-kommunistischer Prinzipien und taktischen Überlegungen herrühren. Bisweilen beinhaltete diese Politik sogar einseitige und unvernünftige Bekenntnisse zu einzelnen Waffenkategorien. Vereinzelt spiegelte sie ein übertriebenes Vertrauen in das Instrument des Militärbündnisses als eine Art politisches Allheilmittel wider, als gäbe es abgesehen von einer direkten militärischen Aggression keine andere Gefahr. Mehr als einmal hat diese Politik zu einer Aufstellung des Militärs geführt, die einer möglicherweise defensiven Ausrichtung einem potenziellen Gegner den Eindruck vermitteln konnte, man beabsichtige früher oder später einen Krieg anzuzetteln.

All das ist wahr; doch rechtfertigen weder die einzelnen Faktoren noch der Gesamtzusammenhang die extreme Deutung Moskaus. Die sowjetischen Machthaber wollen oder können nicht einsehen, welchen Schock die Öffentlichkeit im Westen erlitt, als die Sowjetunion ihre militärische Position in Ost- und Mitteleuropa zwischen 1945 und 1948 zur Ausdehnung ihres politischen Einflussbereichs nutzte, als sie der Demobilisierung der westlichen Armeen nicht folgte, als die Kommunisten zwischen 1947 und 1948 zum politischen Angriff bliesen, als die Berliner Blockade verhängt wurde und vor allem als der Korea-Krieg entflammte. Den Menschen im Westen erschienen diese Aktionen nicht weniger feindselig als ein offener militärischer Angriff durch sowjetische Streitkräfte. Weil sie unmittelbar auf den Zweiten Weltkrieg folgten und die ohnehin schon strapazierten Nerven der Bevölkerung und die auf Grund dieser noch frischen Erlebnisse verängstigten Menschen trafen, verwundert es nicht, dass viele im Westen den Eindruck bekamen, die Sicherheit des Kontinents, der gerade eine fürchterliche Katastrophe überlebt hatte, sei nun erneut durch eine Prüfung von kaum geringerem Ausmaß gefährdet. Es ist ebenso wenig erstaunlich, dass die Reaktion der Menschen auf diesen Eindruck darin besteht, sich intensiv um den Wiederaufbau einer Streitmacht im Rahmen eines westlichen Bündnisses zu bemühen, die nach Kriegsende so eilig und in gutem Glauben demobilisiert worden war. In der europäischen Geschichte war es nämlich immer so, dass Gefahr für eine Nation im Rückblick im Allgemeinen mit Truppenbewegungen an Landesgrenzen einherging. Wahrscheinlich ist es nur natürlich, dass die Völker des Kontinents besessen sind von dieser „*manie d’invasion*“ und sich um ein defensives Militärpotenzial zum Schutz vor einem Druck bemühen, der subtiler und differenzierter ist als herkömmliche militärische Maßnahmen.

In der von sowjetischer Seite aufgegriffenen Frage bezüglich eines Wettrüstens besteht Spielraum für Diskussionen und Kompromisse. Doch durch die von Moskau stur verfolgte willentliche Fehleinschätzung und Verzerrung dieses Themas wird gar nichts erreicht werden. Die Vorstellung, es gebe im Westen einen großen oder ernst zu nehmenden Kreis von Menschen, die gleich im Anschluss an die Schrecken zwischen 1939 und 1945 wieder auf neue Gewalt- und Bluttaten sinnen, ist einfach zu absurd, als dass man ihr Glauben schenken könnte. Besonders die Behauptung, Bundeskanzler Adenauer gehöre dazu, ist so unsinnig, entbehrt angesichts der politischen Gegebenheiten im heutigen Deutschland so sehr jeglicher Grundlage und verbirgt so schlecht die üblen Absichten dahinter, dass deren unablässige Wiederholung in Moskau all jene, die auf ein besseres Verständnis hoffen, nur entmutigen kann.

Chruschtschow hat Recht, wenn er den Rüstungswettkampf unserer Tage als unvereinbar mit jeglicher Form der Koexistenz betrachtet. Doch solange Moskau darauf beharrt, die von der westlichen Koalition in den letzten Jahren verfolgte Militärpolitik sei einzig und allein das Ergebnis einer Laune westlicher Bankiers und Waffenschmiede, die in der Hoffnung auf mehr Profit einen neuen Krieg herbeisehnen, und solange es auch weiterhin nicht einsehen will, dass diese Politik, so unausgewogen oder überzogen sie auch sein mag, zu einem Großteil auf die natürliche und vorhersehbare Reaktionen umsichtiger Menschen auf eine Situation zurückzuführen ist, zu der Moskau selbst einen beachtlichen Teil beigetragen hat, sind die Aussichten auf eine Verbesserung der Lage nicht sehr viel versprechend.

VI

Eine weitere Forderung der kommunistischen Seite im Namen der friedlichen Koexistenz bezieht sich auf etwas, was Chruschtschow als „eine Intensivierung des ausgedehnten und völlig ungehinderten internationalen Handels“ bezeichnet. Ideologische Meinungsverschiedenheiten, so heißt es, sollten dem Ausbau des Handels nicht im Wege stehen. Denn ohne einen solchen Handel könne das internationale Leben sich nicht normal entwickeln.

Dabei handelt es sich vom westlichen Standpunkt aus gesehen um eine seltsame und etwas rätselhafte Forderung. Würde der Handel zwischen der Sowjetunion und nicht-kommunistischen Ländern so funktionieren, dass er die üblichen vorteilhaften Begleitumstände von Wirtschaftsbeziehungen mit sich brächte – beispielsweise ausgedehnte Reisen und Auslandsaufenthalte von Geschäftsleuten in beiden Ländern, die Entstehung von engen persönlichen Kontakten und Verbänden, kurz, das Zusammenwachsen der Wirtschaftsbereiche und der Menschen zweier Länder auf zumindest einem überschaubaren Tätigkeitsfeld –, dann bestünde zwischen der Handelsfrage und der Frage der friedlichen Koexistenz zumindest ein partieller Zusammenhang. Doch wie jeder weiß, beharrt die sowjetische Regierung auf dem Außenhandelsmonopol, führt die meisten ihrer Transaktionen im Ausland durch, verweigert ausländischen Geschäftsleuten im Allgemeinen das Privileg, sich auf russischem Boden aufzuhalten und Geschäfte zu machen, und ergreift die raffiniertesten und ungewöhnlichsten Schutzmaßnahmen, damit sowjetische Bürger keine dauerhaften Beziehungen, persönliche Vertrauensverhältnisse oder Freundschaften zu Ausländern knüpfen, egal ob geschäftlicher oder anderer Natur.

Man könnte annehmen, dass unter diesen Umständen die Vorzüge eines verstärkten internationalen Handels sich notwendigerweise auf den unmittelbaren Gewinn beschränken würden, den die Volkswirtschaften der jeweiligen Partner durch diesen Handel erzielen könnten. Dass dabei zumindest Gewinne von bescheidenem Umfang erzielt werden können, ist unbestritten. Doch Chruschtschow selbst leugnet, dass diese Gewinne für die Sowjetunion von entscheidender Bedeutung seien. Er schreibt, dass sie sich in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung gänzlich auf die internen Kräfte ihres Landes, auf ihre eigenen Ressourcen und Möglichkeiten verließen. Unabhängig davon, ob sie mit den westlichen Ländern Handel trieben oder nicht, werde die Implementierung des Wirtschaftsplanes nicht im Geringsten behindert.

Im Falle der Vereinigten Staaten ist es kaum vorstellbar, dass der Handel mit Russland eine wesentlich größere Bedeutung hat als für die Russen selbst. Außer in Kriegszeiten war der Handel zwischen Russland und den Vereinigten Staaten noch nie sehr ausgeprägt, weder in der zaristischen noch in der sowjetischen Zeit. Was Russland normalerweise zu verkaufen hat, ist für die amerikanische Wirtschaft von nur untergeordneter Bedeutung. Das Gleiche träfe auch für die Möglichkeiten zu, die sich bis heute aus den Kaufprogrammen des sowjetischen Außenhandelsmonopols ergeben haben.

Darüber hinaus müssen die westlichen Regierungen sich nicht nur mit den Vorteilen, sondern auch mit den Gefahren des Handels mit einem Außenhandelsmonopol auseinandersetzen. Ein solcher Handel wird auf sowjetischer Seite von einer mächtigen Regierung gelenkt und gestaltet, die sowohl politische als auch wirtschaftliche Interessen verfolgt. Da dem so ist, können nicht nur gegenseitige wirtschaftliche Vorteile berücksichtigt werden, um Stabilität zu gewährleisten, wie dies beim Handel zwischen zwei Ländern mit freier Marktwirtschaft der Fall wäre. Das ist vor allem dann der Fall, wenn die besagte Regierung sich besondere Mühe gibt zu betonen, wie wenig sie doch vom Handel abhängt und wie gut sie auch darauf verzichten kann. Nicht-kommunistische Regierungen müssen immer mit der Möglichkeit rechnen, dass Handelsbeziehungen, die sich über Jahre hinweg langsam entwickelt haben und umfassende Verpflichtungen westlicher Unternehmen implizieren, durch die Einkaufspolitik der anderen Partei plötzlich aus Gründen beendet werden können, die mit wirtschaftlichen Überlegungen nicht das Geringste zu tun haben. Das ist in der Vergangenheit bereits vorgekommen. Und auch wenn diese Dinge nicht vorgekommen wären, gäbe es keine Garantie dafür, dass so etwas in Zukunft nicht doch einmal passiert. Diese riskante Situation, die sich aus dem Fehlen des normalen Antriebs im internationalen Handel, das heißt des kommerziellen Interesses, ergibt, bedeutet aber nicht, dass der Handel mit der Sowjetunion niemals sicher oder wünschenswert wäre; gleichwohl haben die Möglichkeiten eindeutige Grenzen.

Natürlich wäre es denkbar, dass Chruschtschow und die anderen Mitglieder der sowjetischen Regierung

deshalb solchen Nachdruck auf diesen Aspekt legen, weil der Ausdruck des Wunsches nach intensiven Handelsbeziehungen oft (und insbesondere in der Geschichte der sowjetischen Diplomatie) den Anfang einer politischen Annäherung oder eines Bündnisses zwischen zwei Mächten darstellte. Allerdings wäre es schwierig, die Amerikaner davon zu überzeugen, diese Ansicht von der Bedeutung der Handelspolitik zu akzeptieren. In der amerikanischen Tradition ist der Handel kein Mittel zum Ausdruck politischer Anschauungen, sondern eine Möglichkeit zur Deckung tatsächlicher wirtschaftlicher Bedürfnisse.

In den letzten Jahren wurden gewisse Aspekte der amerikanischen Haltung zum Ost-West-Handel von Angehörigen verbündeter Staaten und sogar einigen Amerikanern als Verzerrungen angesehen: als Ausdruck einer übertriebenen Zurückhaltung gegenüber der Kritik im eigenen Land oder einer übertriebenen Auffassung von den Auswirkungen dieses Handels auf sowjetische Militärplanungen. Sollte nach Ansicht der Sowjets eine Neubewertung dieser Einstellungen von Bedeutung sein und zur Senkung internationaler Spannungen beitragen können, dann sollte Washington einen solchen Vorschlag nicht einfach zu den Akten legen.

Doch selbst wenn eine solche Neubewertung erfolgen sollte, wären wir noch immer mit der Tatsache konfrontiert, dass das Außenhandelsmonopol der Moskauer Regierung eine Reihe von Handelsbedingungen schafft, die sich ganz beträchtlich von jenen unterscheiden, an die westliche Völker gewöhnt sind. Das schließt die Möglichkeit des Handels genauso wenig aus wie die Möglichkeit eines starken Anstiegs des sowjetisch-amerikanischen Handelsvolumens über dessen gegenwärtigen Umfang hinaus. Allerdings setzt es dem, was vom westlichen Standpunkt aus rational gesehen erwartet werden kann, Grenzen. Und diese Grenzen sind so beschaffen, dass man nur schwer sehen kann, inwieweit der Außenhandel bei der Frage der friedlichen Koexistenz eine wichtige Rolle spielen könnte.

VII

Noch eine letzte Überlegung. Noch einmal: Die Werte, auf die sie sich bezieht, sind relativ. Aber die Schwierigkeiten, die den Spannungen zwischen der kommunistischen und der nicht-kommunistischen Welt zu Grunde liegen, werden niemals überwunden werden, wenn relative Unterscheidungen ignoriert werden.

Es geht hier um das in Moskau vorherrschende Konzept der Wahrheit (von Peking ganz zu schweigen) – im Gegensatz zu dem, welches in den meisten anderen Teilen der Welt dominiert.

Wir alle kennen die Behauptungen nicht nur der kommunistischen Propagandamaschine, sondern auch hochrangiger sowjetischer Staatsmänner, die entweder dermaßen absurd sind oder so deutlich im Gegensatz zu bekannten Tatsachen stehen, dass nicht einmal ein Kind sie glauben könnte. Nähmen wir alles ernst, was von sowjetischer Seite zu uns kommt, so müssten wir beispielsweise glauben, dass Russland seit mehr als vierzig Jahren von einer Gruppe von Männern regiert wird, die sich so sehr von allen Sterblichen unterscheiden, die vor ihnen oder anderswo lebten, dass sie während dieser ganzen Zeit nicht einen einzigen Fehler begangen, nicht ein einziges Problem falsch analysiert haben und dass sie sich niemals von etwas anderem haben leiten lassen als der selbstlosen Hingabe an das Wohl der Anderen. Das sollen wir glauben – trotz der Tatsache, dass im Laufe dieser Jahre viele dieser Menschen, die ursprünglich Teil dieser angeblich allwissenden Führungsriege gewesen waren, gelegentlich von ihren Weggefährten plötzlich als heimtückische Kriminelle bezeichnet und dementsprechend behandelt wurden. Gleichzeitig sollen wir die Behauptung akzeptieren, der zufolge westliche Länder, abgesehen von einer oder zwei Ausnahmen, durch einen ebenso erstaunlichen Zufall ausschließlich von Schurken regiert wurden – entweder blutrünstige und geldgierige Kapitalisten oder deren Marionetten. Es gibt beliebig viele solcher Beispiele. Man muss nur an die verzerrten Darstellungen der Geschichte denken, die ständig in sowjetischen Äußerungen zur Außenpolitik zum Ausdruck kommen: Behauptungen über den Ausbruch des Koreakriegs, die Ursache der Schwierigkeiten in Südostasien, das Wesen der sowjetischen Intervention in Ungarn usw.

Eine charakteristischer, aber besonders ernster Ausdruck dieses unverantwortlichen Umgangs mit objektiven Tatsachen ist die Anti-Amerika-Kampagne der letzten Jahre. Diese Kampagne erreichte noch vor Stalins Tod ihren Höhepunkt, endete jedoch nicht vollständig mit diesem Ereignis. Im Allgemeinen ist sich die westliche Öffentlichkeit der unglaublich verzerrten Darstellung der Vereinigten Staaten bewusst, die der

sowjetischen Öffentlichkeit und insbesondere der Intelligenzija in den letzten zehn Jahren von denen vermittelt wurden, die die Informationsorgane in der KPdSU kontrollieren. Dabei wird weiterhin ein Bild von Amerika propagiert, in dem nicht einmal diejenigen Amerikaner ihr Land wiedererkennen würden, die dem amerikanischen Lebensstil kritisch gegenüber stehen; ein Bild, das die wahren Fehler der amerikanischen Zivilisation genauso wenig wiedergibt wie ihre wahren Tugenden.

Propaganda bleibt Propaganda, doch hat auch sie wie alles im Leben ihre Grenzen. Was sollen wir jetzt aus der Verbreitung dieser aberwitzigen Vorstellungen von den Vereinigten Staaten schließen? Dass die sowjetischen Machthaber sie für wahr halten? Oder dass sie der Auffassung sind, obwohl sie sich des Wahrheitsgehaltes durchaus bewusst sind, dass die sowjetischen Bürger in ihren falschen Annahmen bestärkt werden sollten? Beide Möglichkeiten hätten für die Aussichten einer friedlichen Koexistenz recht fragwürdige Auswirkungen.

Genauso wenig ist es eine Beruhigung für die Menschen im Westen, wenn man ihnen versichert, dass, wenn erst einmal die Spannungen abgebaut und die Rüstung eingeschränkt werden, auch dieser Strom vorsätzlicher Verleumdungen genau so plötzlich und auf wundersame Weise versiegen würde, wie er einst entstand. Die Menschen in den Vereinigten Staaten müssen viel an ihrem Lebensstil ändern, haben aber nur wenig zu verbergen. Darüber hinaus möchten sie weder von einer kritischen Bewertung des „American Life“ durch andere unnötig verschont noch unnötig in Misskredit gebracht werden. Solange diese Bewertung auf der Wahrheit beruht, kann sie so kritisch und skeptisch sein wie sie will.

Können bei der Erörterung der Koexistenzfrage die Auswirkungen eines solchen Umgangs mit objektiven Tatsachen einfach außer Acht gelassen werden? Denn diese Haltung kennzeichnet schließlich nicht nur die professionellen sowjetischen Propagandisten, sondern auch die KPdSU als Ganzes sowie die von dieser Partei beeinflusste Staatsführung. Die Frage, inwieweit man Menschen vertrauen kann, die entweder sich selbst oder andere bewusst täuschen, wird immer schwierig zu beantworten sein. Es ist doch nicht zu viel verlangt, wenn sowjetische Machthaber heutzutage aufgefordert werden, diesen byzantinischen Dogmatismus in ihrem politischen Denken und in ihren Äußerungen aufzugeben! Ein solcher Dogmatismus hat sich vielleicht in den frühen Tagen der revolutionären Militanz der Partei rechtfertigen lassen, als sie noch um ihren Aufstieg in Russland kämpfte; für eine große Regierung, die die Anerkennung als reife und verantwortungsvolle Größe im Weltgeschehen fordert, ist er völlig unangebracht. Kaum einer lässt sich von einem solch absurden Extremismus heute noch täuschen. Aber für viele Menschen in der nicht-kommunistischen Welt sind diese ständigen Beweise des unverantwortlichen Umgang mit der Wahrheit Anlass, an den Aussichten einer stabilen und nachhaltigen Koexistenz zwischen der kommunistischen und der nicht-kommunistischen Welt zu zweifeln. Und diese Menschen fragen sich, worin eigentlich noch der Wert bestimmter Vereinbarungen liegt, wenn die Prinzipien und Überzeugungen, die ihnen zu Grunde liegen, auf so groteske Art und Weise divergieren. Wenn uns die sowjetischen Machthaber wirklich für so schlecht halten, wie sie es ihren eigenen Bürgern darstellen, dann fragt man sich, wie sie ernsthaft an eine friedliche Koexistenz mit uns glauben können. Und wie könnten wir ihnen unsererseits vertrauen, wenn sie ihre eigenen Bürger ganz bewusst in die Irre führen?

Es geht nicht darum, von Moskau zu fordern, andere Standpunkte kritiklos zu akzeptieren. Wir möchten einfach nur, dass die Aussagen sowjetischer Machthaber und das unter ihrer Anleitung hergestellte Propagandamaterial wenigstens die aufrichtige Bemühung widerspiegeln, ihre Darstellung den tatsächlichen Gegebenheiten dieser Welt an die objektive Wahrheit anpassen zu wollen. Solange die Führer der KPdSU weiterhin behaupten, dass Wahrheit das ist, was die Menschen im Interesse der Partei glauben sollen, ganz gleich wie grotesk oder absurd dies im Angesicht einer objektiven Wahrheit auch sein mag, und solange sie die Existenz einer objektiven Wirklichkeit und dementsprechend jegliche Verpflichtung leugnen, diese zu verstehen und zu achten, werden selbst diejenigen, die sich möglicherweise eine Koexistenz in der Definition Chruschtschows wünschen, ihre Hoffnungen und Erwartungen dämpfen müssen. Der Weg zur friedlichen Koexistenz ist zweifelsohne mit Hindernissen gesät, eines von ihnen ist die Abkehr der russischen Kommunisten von der absurden Behauptung, der zufolge ihre Partei die menschliche Frage stets am besten verstanden und niemals einen Fehler gemacht habe.

VIII

Wenn Moskau aufrichtig um friedliche Koexistenz bemüht ist und in dieser Hinsicht zu einer grundlegenden Neubewertung derjenigen Haltungen und Praktiken auf beiden Seiten bereit ist, die zu dem gefährlichen, in der Weltpolitik als Kalter Krieg bekannten Prozess geführt haben oder dadurch hervorgebracht worden sind, dann werden sich außerhalb des kommunistischen Einzugsgebiets genügend Menschen finden, die bereit sind, ihren Einfluss notfalls mit großem persönlichen Einsatz geltend zu machen. Denn das Ausmaß der Gefahr ist nicht nur in Russland offenkundig. Doch wenn Moskau davon ausgeht, dass Änderungen nur im Westen notwendig sind, dann gibt es diesseits der Grenze nur wenig, was getan werden kann, um die Koexistenz über ihren gegenwärtig ungewissen Status hinaus weiterzutreiben.

Könnten wir nun nicht einfach alle diesen Anspruch auf die vollendete Weisheit beiseite legen und ein gewisses Maß an Verantwortung für diesen verzwickten Prozess der Geschichte übernehmen, der die Welt in ihren derzeitigen gefährlichen Zustand versetzt hat? Und wenn wir das gemacht haben, könnten wir doch aufhören darüber zu streiten, wessen Verantwortung am größten ist, und uns langfristig, ernsthaft und ohne gegenseitige Beschuldigungen daran machen, die größten und unerträglichsten Gefahren zu beseitigen.